

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/184

25. September 1972

Kampf dem internationalen Verbrechen

Interpol muß stärker und effektiver werden

Von Heinz Ruhrau

Innensenator der Freien und Hansestadt
Hamburg, Vorsitzender der Innenminister-
konferenz und SPD-Vorstandsmitglied

Seite 1 / 43 Zeilen

Parteikarte Karl Schiller wurde abgelegt

Seite 2 / 24 Zeilen

Die Schwachen schützen, die Mächtigen
bändigen

Seite 2 / 22 Zeilen

Entwicklungshilfepolitik auf Europa-Ebene

Beginn der Koordinierung aller EWG-Mit-
glieder

Seite 3 / 45 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Wahlaufruf der SPD

Seite 4 bis 6 / 127 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Hausallee 2-12
Postfach: 120 408
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 37 - 38
Telefax: 686 846 / 686 847 /
686 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Kampf dem internationalen Verbrechen

Interpol muß stärker und effektiver werden

Von Heinz Ruhnau

Innensenator der Freien und Hansestadt Hamburg, Vorsitzender
der Innenministerkonferenz und SPD-Vorstandsmitglied

Die Ereignisse in München und Fürstenfeldbruck haben uns erneut brutal vor Augen geführt, daß extremistische Gewalttäter an nationalen Grenzen nicht halt machen. Immer zahlreicher werden die Versuche von Kriminellen, unbeteiligte Staaten in die Auseinandersetzungen innerhalb eines Landes oder zwischen Ländern hineinzuziehen. Vor dieser Entwicklung ist heute kein Staat der Erde mehr sicher. Und insbesondere in den liberalen EWG-Staaten - so scheint es - stehen wir hier in aussichtsloser Position.

Doch das internationale Verbrechen ist kein unabwendbares Schicksal: Alle Staaten dieser Erde müssen - einzeln und gemeinsam - ihm nur entschiedener entgegentreten. Nur durch eine engere und wirkungsvollere zwischenstaatliche Zusammenarbeit werden wir den Terrorismus und Extremismus erfolgreich bekämpfen können.

Eine wichtige Rolle kommt dabei der internationalen kriminalpolizeilichen Organisation (Interpol) zu, die in diesen Tagen ihre 41. Generalversammlung in Frankfurt/Main abhält. Was erwarten die dort versammelten Kriminalisten aus 111 Ländern, damit sie ihren Auftrag richtig erfüllen können?

Im Interesse aller Mitgliedsstaaten muß die Gesamteffektivität von Interpol drastisch erhöht werden. Dazu ist eine entsprechende organisatorische, rechtliche und materielle Gestaltung notwendig. Das erfordert im einzelnen folgende Änderungen:

1/ Beschleunigung des Erfahrungs- und Nachrichtenaustausches im Rahmen des Interpol-Meldedienstes durch Nutzung neuester technischer Möglichkeiten wie EDV-Verbund und Telebild-Übertragung;

2/ Ausbau der präventiven Ausschreibung kriminell besonders gefährlicher Täter mit Sofortaustausch der Nachrichten über Reisewege und Begleitung; und

3/ Intensivierung der Fahndung nach internationalen Rechtsbrechern, u.a. durch begrenztes Tätigwerden nationaler Polizeikräfte im angrenzenden Staat.

Doch das allein reicht nicht aus. Eine engere Zusammenarbeit der Staaten bei der durchgreifenden Abwehr krimineller Handlungen setzt auch eine Änderung der Interpol-Statuten voraus. Angesichts des politischen Hintergrundes vieler terroristischer Gewaltakte ist die in Art. 3 der Statuten enthaltene Anweisung, sich strengstens jeder Betätigung oder Mitwirkung in Fragen und Angelegenheiten auch politischen Charakters zu enthalten, nicht mehr vertretbar und unbedingt reformbedürftig. Am Ende würde diese Änderung allen Staaten dienen, denn kein Staat kann davon sicher sein, ohne sein Zutun in internationale, politisch motivierte Terrorakte hineingezogen zu werden.

(-/ex/25.9.1972/hgy)

Parteikarte Karl Schiller wurde abgelegt

Karl Schillers Parteikarte ist abgelegt worden. Der Vorgang des Parteaustritts hat niemanden mehr überrascht. Er ist so lange vorausgesagt und erwartet worden, daß er jetzt, wo er vollzogen wurde, zwar noch einmal Schlagzeilen verursachte, daß er aber morgen schon des großen Interesses entbehren muß. Karl Schiller hat auch seine Parteikarte überreicht.

Der 61jährige Volkswirtschaftsprofessor ist aus der Partei ausgetreten, die ihm Rahmen und Plattform für seinen Aufstieg geboten, die ihm viel zu verdanken und die er in einer für sie schweren Zeit verlassen hat, als es für alle Sozialdemokraten darauf ankam, zusammenzurücken und zusammenzustehen. Was ihn in diesen Monaten seines Zickzackkurses vom Superminister bis zum Parteaustreten wirklich getrieben hat, das werden früher oder später die Nachrichtenmagazine ausplaudern.

Die bedauerliche Tatsache, daß Karl Schiller seinen Parteaustrittsbrief an Willy Brandt mit Angriffen gegen seinen Nachfolger Helmut Schmidt spickte, macht dieses Schreiben, in dem Argumente für den Wahlkampf des Gegners geliefert werden, der bis vor kurzem noch sein erbitterter Gegner gewesen war, noch peinlicher und für einen Mann seines Formats degoutant.

Karl Schillers Parteikarte ist abgelegt worden. Die SPD geht in den härtesten Wahlkampf der deutschen Nachkriegsgeschichte, damit Willy Brandt Kanzler bleibt. Da gilt nur der Blick nach vorwärts.
(oe/ee/25.9.1972/bgy)

+ + +

Die Schwachen schützen, die Mächtigen bändigen

Der Wohlauftrag des SPD-Vorstandes an die Bürger und Bürgerinnen der Bundesrepublik greift nicht nach den Sternen und enthält keine utopischen Vorstellungen, sondern orientiert sich an den Notwendigkeiten einer reformbedürftigen und reformwilligen Gesellschaft. In den drei Jahren der sozialliberalen Koalition ist in dieser Richtung trotz großer Widersprüche konservativer Kräfte vieles geschehen, aber noch muß vieles in Gang gebracht werden, um unsere Gesellschaft im letzten Drittel dieses Jahrhunderts humaner zu gestalten. Es gilt die Schwachen zu schützen und die Macht der Mächtigen zu bändigen.

Unter der Regierung Brandt/Scheel gewann die Bundesrepublik an innerer und äußerer Sicherheit. Erschütterungen, wie sie andere Industriestaaten erlebten, bleiben uns erspart. Die Kluft, die uns schon uns und dem östlichen Nachbarn bestand, ist schmaler geworden, und die Friedenspolitik steht auf sichereren Grundlagen.

Der Wähler hat zu entscheiden, ob die Politik aktiver Friedenssicherung in einer gefährdeten Welt fortgesetzt werden und ob unser Gemeinwesen den Weg der sozialen Gerechtigkeit und des gesellschaftlichen Fortschritts weiterbeschreiben soll. Da sind noch viele Stationen zurückzulegen. Die konservativen Kräfte, vertreten durch die Unionsparteien, blicken zurück, sie versperren sich den Notwendigkeiten der Zukunft. Die Sozialdemokraten, wie so oft in ihrer Geschichte, weisen den Weg nach vorn, sie beschwören das Gebot der politischen Vernunft. Das belegt jeder Satz ihres Wahlauftrags.
(ae/ee/25.9.1972/bgy)

+ + +

Entwicklungshilfepolitik auf Europa-Ebene

Beginn der Koordinierung aller EWG-Mitglieder

Zum erstenmal seit Gründung der EWG werden sich am Dienstag in Brüssel die für Entwicklungspolitik zuständigen Minister der EWG-Staaten zu einer Sitzung treffen. Dies ist der erste Schritt in Richtung auf eine Koordinierung der Entwicklungspolitik auf EWG-Ebene. Man erwartet zwar angesichts der für den 19. und 20. Oktober geplanten Gipfelkonferenz keine grundlegenden Beschlüsse; jedoch dürfte es vor allem um drei Punkte gehen. Einen Meinungsaustausch über die quantitativen Ziele der Entwicklungshilfe, d.h. die Forderung nach einer Entwicklungshilfe in Höhe von einem vH. des Bruttosozialprodukts. Daneben wird die auf zehn Mitgliedsstaaten erweiterte EWG ein festes Engagement für einen bestimmten Zeitraum eingehen müssen. Man rechnet damit, daß die gemeinschaftliche sowie die nationale Entwicklungshilfe in eine mittelfristige Planung eingebaut werden. Die Minister sollen außerdem über die Form der Beihilfen sprechen; hier geht es vor allem um die Frage der Darlehen oder der nichtrückzahlbaren Zuschüsse. Schließlich geht es um die Frage regionaler Schwerpunkte in der EWG-Entwicklungshilfe.

In diesem Zusammenhang erklärte der Generaldirektor für Entwicklungshilfe der EG-Kommission, Dr. Hans-Broder Krohn, daß der Europäische Entwicklungsfonds nach der Erweiterung der EWG wesentlich aufgestockt werden dürfte. Zu den bereits jetzt assoziierten 19 Staaten kommen noch 20 Commonwealth-Staaten hinzu. Der Europäische Entwicklungsfonds, der jetzt für fünf Jahre über eine Milliarde Dollar verfügt, dürfte dann auf etwa 2,5 bis drei Milliarden Dollar für fünf Jahre erhöht werden. Die EWG-Länder und Großbritannien sind die feste Verpflichtung eingegangen, daß sowohl die Interessen der bereits assoziierten sowie der 20 anglophonen Commonwealth-Staaten berücksichtigt werden sollten. Auf Einladung des senegalischen Staatspräsidenten Senghor wird eine Konferenz all dieser Staaten stattfinden.

Unter Hinweis auf die Vorgänge in Burundi und Uganda ist zu betonen, daß sich die EWG nicht in die inneren Angelegenheiten der assoziierten Staaten einmischen will. Daher ist auch das Verhalten der EWG auf der letzten UNCTAD-Konferenz in Santiago zu kritisieren. Dort hatte die Gemeinschaft das Beispiel mangelhafter Koordinierung gegeben und ist daher auch ihrer Rolle nicht gerecht geworden. Der erweiterten EWG kommt auf Grund ihrer Stellung als größtem Welthandelspartner eine besondere Verpflichtung gegenüber den Entwicklungsländern zu. Trotz regionaler Schwerpunkte tritt die EWG für eine weltweite Entwicklungspolitik ein. Auf die Gemeinschaft werden schon deshalb große Hoffnungen gesetzt, weil sich die USA nach Auffassung der EWG immer mehr aus der Entwicklungshilfepolitik zurückgezogen haben.

(ech/ex/25.9.1972/bgy)

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Wahlaufruf der SPD

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands richtet an die Wählerinnen und Wähler in der Bundesrepublik Deutschland diesen Wahlaufruf:

In der Bundestagswahl 1969 haben die Wähler in der Bundesrepublik eine politische Wahlenlösung vollzogen. Die konservativen Kräfte wurden nach zwanzigjähriger Herrschaft in die Opposition verwiesen. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik wurde ein Sozialdemokrat Bundeskanzler - Willy Brandt.

In den drei Jahren, die seit dieser historischen Entscheidung vergangen sind, haben Willy Brandt und die Sozialdemokraten im Bündnis mit den Freien Demokraten gegen den Widerstand der Geizhalsen und Privilegierten eine Politik des Friedens und Fortschritts durchgesetzt.

Wir haben für unser Land und seine Bürger viel erreicht:

Der Friede ist sicherer. Eingebettet in das westliche Bündnis, führend auf dem Weg zur Vereinigung Europas, nach der befriedigenden Vier-Mächte-Regelung für Berlin, in herzlichen Beziehungen mit der Sowjetunion und Polen, hat die Bundesrepublik in der Völkerfamilie einen geachteten Platz gewonnen. Ihr Wort findet heute in Washington und London, in Moskau und Paris mehr Gehör als zuvor. Unser Realismus hat sich bewährt.

Die Wirtschaft blüht. Keiner muß um einen Arbeitsplatz bangen. Die Preissteigerungen in der ganzen westlichen Welt sind zu hoch - auch bei uns. Aber bei uns blieb der Preisanstieg immer noch geringer als in den meisten übrigen Ländern Europas. Das Reallohnkommen der Arbeitnehmer ist seit 1969 stärker gestiegen als je in einer Dreijahresperiode zuvor. Und die D-Mark ist zusammen mit der Schweizer Franken die stabilste Währung der Welt. Alles Krisengerede über, die selbst für die einzige ernsthafte Krise der Bundesrepublik unter der Regierung Erhard die Verantwortung übernahm, vermag an diesen Tatsachen nicht zu rütteln.

Die Bundesfinanzen sind gesund. Die Neuverschuldung wird streng begrenzt. Sie erreicht in den drei Jahren sozialliberaler Koalition 1970 bis 1972 nur gut die Hälfte der Kreditaufnahmen, die der ehemalige CSU-Finanzminister der Großen-Koalition für den gleichen Zeitraum veranschlagt hatte.

Die soziale Sicherheit ist gewachsen. Eine konsequente Gesetzgebung hat die Leistungen an die Rentner und Kriegsgenossen erhöht, den Kreis der Berechtigten erweitert, Ungerechtigkeiten beseitigt und uns dem Ziel der sozialen Sicherheit für alle Bürger nähergebracht.

In den Bereichen von Bildung und Wissenschaft wurden Reformen eingeleitet, die zu ersten Erfolgen geführt haben, vollständig

den Bürger aufgrund langer Versäumnisse allerdings erst langsam spürbar werden.

Auch die innere Sicherheit in unserem Staat hat zugenommen. Die kriminellen Aktionen politischer Gewalttäter wurden mit rechtsstaatlichen Mitteln unterbunden. Die Einsatzfähigkeit des Bundeskriminalamtes wurde verbessert, zwei Verfassungsänderungen und neue Gesetze haben dem Staat zusätzliche Instrumente zum Schutze seiner Bürger an die Hand gegeben.

Aber die Sozialdemokraten werden sich nicht damit begnügen, das Bestehende zu sichern und zu verbessern. Sie haben erkannt, daß die Qualität des Lebens gerade der arbeitenden Schichten unseres Volkes durch Fehlentwicklungen im technisch-ökonomischen Bereich bedroht wird. Sie wissen, daß ein Mehr an Produktion, Gewinn und Konsum nicht ohne weiteres auch schon ein Mehr an Zufriedenheit, Glück und Entwicklungschance für die Einzelnen bedeutet, daß wir bisher die natürlichen Reserven unserer Umwelt in gefährlicher Weise strapaziert haben und daß wir nicht mehr alles, was wir technisch tun könnten, auch tatsächlich weiterhin tun dürften.

Deshalb und nicht einem Dogma zuliebe haben die Sozialdemokraten damit begonnen, Reformen zu verwirklichen, die unsere Gesellschaftsordnung demokratisch erneuern und die Chancengleichheit für alle näherbringen. Die Steigerung der Bundesausgaben für Bildung, Wissenschaft und Forschung auf weit mehr als das Doppelte, die Arbeit am Bildungsgesamtplan, das neue Betriebsverfassungsgesetz, das Städtebauförderungsgesetz, die ersten Umweltschutzgesetze, das Krankenhausfinanzierungsgesetz sind Schritte auf diesem Weg.

Dieser Weg muß fortgesetzt werden. Auf die Herausforderungen unserer Zeit genügen nicht die Antworten von gestern. Untätiges Verharren führt genauso in die Katastrophe wie blinder Radikalismus. Nur die Fortsetzung der Friedenspolitik, eine Politik realer Reformen, kann die Herausforderungen meistern.

Das sind die nächsten Ziele einer solchen Politik:

- Weitere Festigung des Friedens in Europa durch Konsolidierung der größer gewordenen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, durch engen Zusammenhalt im westlichen Bündnis und durch weitere Entspannung zwischen West und Ost.

- Sicherung des wirtschaftlichen Wachstums und der Vollbeschäftigung, damit Realeinkommen und Lebensstandard weiter steigen.

- Reduzierung der überhöhten Preissteigerungen, ohne dabei eine Radikalkur auf Kosten der Arbeitsplätze zu unternehmen.

- Ausbau von Gemeinschaftseinrichtungen durch eine sinnvolle Aufteilung des Einkommenszuwachses, die der Ausstattung der Gemeinschaft mit Schulen, Kinderkrippen, Krankenhäusern, öffentlichen Verkehrsmitteln und Erholungsflächen höheren Rang einräumt.

- Mehr steuerliche Gerechtigkeit bei der Finanzierung dieser

Leistungen.

- Förderung der Vermögensbildung durch die bisherigen und durch neue Maßnahmen; dazu gehört insbesondere die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen.

- Mehr Rechte für die Arbeitnehmer durch Ausbau der Mitbestimmung.

- Mehr Menschlichkeit in unseren Städten durch ein besseres Bodenrecht, das am privaten Eigentum festhält, aber nicht den Gewinn weniger, sondern die Wohlfahrt aller zur Richtschnur der Bodennutzung macht.

- Besserer Schutz für unsere Umwelt durch Anwendung umweltfreundlicher Technologien, gefahrenmindernde Auflagen, steuerliche Maßnahmen, strenge Anwendung des Verursacherprinzips und notfalls auch durch vorbeugende Verbote besonders gefährlicher Produktionen.

- Mehr Sicherheit für unsere Bürger und unseren Staat durch Einsatz aller rechtsstaatlichen, gesetzlichen Mittel gegen Terror und politische Kriminalität, durch weitere Verbesserung der Leistungsfähigkeit unserer Polizei und durch schärfere Handhabung des Ausländerrechts.

Dabei muß die begonnene Bildungs-, Sozial- und Rechtsreform fortgeführt werden.

Diese Reformen wollen die Sozialdemokraten mit Hilfe eines stabilen und wirtschaftlich leistungsfähigen Rechtsstaates verwirklichen, der die Schwachen schützt, die Mächtigen bündigt und die notwendigen Veränderungen auch gegen die Widerstände der Privilegierten durchzusetzen vermag. Dazu braucht die sozialliberale Koalition eine tragfähige Mehrheit im neuen Bundestag. Dazu braucht Willy Brandt das Vertrauensvotum des Volkes.

Das Ruder unseres Staates soll in zuverlässigen Händen bleiben.

Der Name Deutschland ist durch Willy Brandt zum Inbegriff einer aktiven Friedenspolitik geworden. Mit Willy Brandt wird die Bundesrepublik Deutschland zum Beispiel einer demokratischen, freiheitlichen und sozialen Gesellschaft werden.

(pv/ax/25.9.1972/ks)